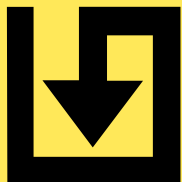


Geschäftsbericht 2009



Kommunale Infrastruktur

Eine Organisation des Schweizerischen Städteverbandes und des Schweizerischen
Gemeindeverbandes



Kommunale Infrastruktur

Florastrasse 13, 3000 Bern 6

Tel. 031 356 32 32, Fax 031 356 32 33

info@kommunale-infrastruktur.ch; www.kommunale-infrastruktur.ch

Unterirdische Netzinfrastrukturen: Was bringt die Zukunft?



Alain Jaccard
Präsident



Beat Ammann
Vize-Präsident



Alexandre Bukowiecki
Geschäftsführer

Kennen Sie den Wiederbeschaffungswert und das notwendige Investitionsvolumen in den nächsten Jahren für die Werterhaltung ihrer kommunalen Infrastrukturen? Die Bedeutung funktionierender Infrastrukturnetze wird einen meist nur bei Unterbrüchen bewusst – insbesondere bei unsichtbaren unterirdischen Netzen: Wenn der Komfort und individuelle Tagesabläufe bei Netzstörungen von Strom, Wasser oder seltener auch Siedlungsentwässerung empfindlich gestört werden, vergegenwärtigt man sich für kurze Zeit die Bedeutung dieser Netze. Ist aber der heutige hohe Standard an Verfügbarkeit und Zustand für die Zukunft gesichert?

Festzustellen ist, dass die Instrumente zur nachhaltigen Netzverwaltung existieren, beziehungsweise für alle unterirdischen Infrastrukturen eingerichtet werden können. Mit solchen Verwaltungsapplikationen kann der optimale Unterhalt und der langfristige Betrieb der Netze gewährleistet werden. Voraussetzung ist allerdings, dass alle Akteure diese Instrumente in ihrem eigenen Bereich einrichten und dass sie diese vor allem auch nutzen. Darüber hinaus müssen die finanziellen Mittel für den Ersatz und den Unterhalt der unterirdischen Netze schon heute gesichert sein. Gerade in Zeiten mit angespannten Gemeindebudgets mag es verlockend erscheinen, bei der Werterhaltung zu sparen. Es wäre aber verheerend zuzuwarten und erst bei Netzausfällen, Leitungsbrüchen oder sonstigen Betriebsstörungen einzugreifen oder kurzfristig auf neue Methoden setzen zu müssen, damit die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt werden können. Die kommunalen Betriebe und deren politischen Entscheidungsträger müssen den zukünftigen Bedarf beurteilen und entsprechende Rückstellungen tätigen. Dies kann über eine Anpassung der Preise, der Gebühren oder sogar der gesetzlichen Bestimmungen erfolgen. Auf jeden Fall sind so

generierte Geldmittel zweckgebunden und deshalb auch für den Unterhalt der unterirdischen Netze einzusetzen. Die Verantwortlichen müssen der Versuchung widerstehen, diese Gelder für andere Zwecke zu verwenden und vermeiden, dass sie in die allgemeine Gemeindekasse fließen, wie dies in der Vergangenheit zu häufig der Fall gewesen ist.

Bei der Erneuerung oder dem Ausbau der Netze ist es von zentraler Bedeutung, dass sich die verschiedenen Akteure untereinander absprechen und die Kommune diesen Prozess aktiv steuert. Die ist keine neue Erkenntnis, aber leider noch nicht überall in der Realität auch umgesetzt. Die Koordination der Partner ermöglicht die Straffung der Bauzeit. Dadurch lässt sich vor allem vermeiden, dass die einzelnen Versorger zum grossen Ärgernis der Bevölkerung nacheinander statt miteinander arbeiten. Des Weiteren können Skalenerträge erzielt werden, weshalb eine gute Zusammenarbeit im öffentlichen Interesse liegt. Da die Planungsverantwortung für den öffentlichen Raum und die Bauplanung in den Zuständigkeitsbereich der Städte und Gemeinden fällt, müssen diese die Koordination übernehmen. Es darf auch kein Tabu sein, gemeindeübergreifend Synergien bei Planung und Betrieb zu nutzen.

Wir sind der Überzeugung, dass die unterirdischen Ver- und Versorgungsnetze somit auch für zukünftige Generationen zu einem bezahlbaren Preis in einem funktionsfähigen Zustand erhalten werden können.

Neben der Interessensvertretung in konkreten Geschäften und den praxisorientierten Weiterbildungen und Beratungen erachten wir es als eine Daueraufgabe von Kommunale Infrastruktur, auf die Notwendigkeit eines langfristig orientierten Infrastrukturmanagements hinzuweisen. ■

Übersicht

Mitglieder	216 (Vorjahr 207)	
Geschäftsstelle	240 Stellenprozent (Vorjahr 190)	
Ständige Fachgruppen	<ul style="list-style-type: none"> • Abfälle • Strassen • Abwasser • Umwelt und Energie • Immobilien 	
Arbeitsgruppen	<ul style="list-style-type: none"> • Leistungs- und Kostencontrolling im Strassenunterhalt • Sauberkeitsindex • Strassenaufgrabungen • Kommission Kennzahlen Abwasserentsorgung (gemeinsam mit VSA) • Kommission Finanzierung der Abwasserentsorgung (gemeinsam mit VSA) • Begleitgruppe Strassenmeisterkurse 	
Stellungnahme zu Vernehmlassungen des Bundes und Fachverbänden	<ul style="list-style-type: none"> • Energiegesetz und Energieverordnung • Strategie-Bericht des BFE Energie Schweiz nach 2010 • Verordnung über den Verkehr mit Abfällen • Verordnung über den Schutz nichtionisierender Strahlung • Standesinitiative Differenzierung der Motorfahrzeugsteuern auf Bundesebene • Umweltetiketten-Verordnung • CO₂-Gesetz • CO₂-Verordnung • Empfehlung für die energetische Verbesserung von Baudenkmalern • 4 Normen der VSS und 2 Richtlinien des VSA 	
Kurse	<ul style="list-style-type: none"> • Strassenmeisterkurs (2 Durchführungen) • Seminar «Umgang mit aggressiven Kunden» • Kurs: Kanalreinigung (in Zusammenarbeit mit VSU, VSA und Gemeindeverband) • Kurse: Kanalfernsehoperateure (in Zusammenarbeit mit VSU, VSA und Gemeindeverband) 	Total 104 Teilnehmer (ohne VSA Kurse)
Tagungen	<ul style="list-style-type: none"> • Mitgliederversammlung 2009 • Tagung Kommunale Energiepolitik – Handlungsspielraum nutzen ! • Journée technique : Service hivernal et signalisation temporaire • Werkhof-Tagung: Abfallsammelstellen und Stadtsauberkeit • Werkhoftagung: Winterdienst/Fahrzeugbeschaffung (2x) 	Total 367 Teilnehmer
Beratungsdienst	<ul style="list-style-type: none"> • Werkhofanalysen • Konzepte für Abfallsammelstellen und Entsorgungshöfe • Werkhof-Raumkonzept • Projektbegleitungen bei regionalen Kooperationen und Zusammenlegungen von Werkhöfen • Analyse für Abfallsammelstellen 	
Neue Publikationen	<ul style="list-style-type: none"> • Informationsblatt zu Separatsammlungen • Planungsmodell: Dimensionierung von Abfallsammelstellen 	
Umsatz	Fr. 557'844.–	
Gewinn	Fr. 34'005.–	
Bilanzsumme	Fr. 648'883.–	

Bundespolitik



Energiepolitik: Städte und Gemeinden als umsetzungsstarke Partner anerkennen

Die meisten raum- und infrastrukturelevanten Herausforderungen unseres Landes verlangen eine lösungsorientierte Kooperation zwischen allen drei Staatsebenen: Was beispielsweise in der Abfallpolitik bereits etabliert ist, bedarf in der Energiepolitik noch grosser Überzeugungsarbeit. Zahlreiche Städte und Gemeinden sind innovative und umsetzungsstarke Partner der Kantone und des Bundes, wenn es um die Förderung von Energieeffizienz, nachhaltiger Energieversorgung und die Förderung erneuerbarer Energieträger geht. Knapp drei Millionen Menschen wohnen in einer Gemeinde, die das Label «Energistadt» trägt. In kommunalen Energiefachstellen werden lokale massgeschneiderte Programme nahe an den Bedürfnissen der Bevölkerung entworfen und umgesetzt. Dennoch werden bisher die nationalen energiepolitischen Weichen noch ohne angemessene Berücksichtigung der Erfahrungen und Bedürfnisse der Gemeinden gestellt. Kommunale Infrastruktur hat im Kontakt mit den Mitgliederstädten und Gemeinden Fakten geliefert, die eindeutig für einen besseren Einbezug der Städte und Gemeinden in die nationale Energiepolitik sprechen. Gemeinsam mit Städte- und Gemeindeverband setzt sich KI dafür ein, dass die kommunale Ebene bei der Begleitung des nationalen Gebäudeprogrammes und des Nachfolgeprogramms von Energieschweiz ab 2011 in den Steuerungsgremien vertreten ist.

Mikroverunreinigungen im Abwasser

Organische Mikroverunreinigungen gelangen über verschiedene Wege ins Wasser und bergen für Mensch und Tier Risiken, über deren Langzeitwirkungen zum heutigen Zeitpunkt nur spekuliert werden kann. Es ist daher richtig, die Problematik sorg-

fältig zu analysieren und mit allen Akteuren die notwendigen Lösungen umzusetzen. Trotz noch laufender Forschungsarbeiten und ohne angemessenen Einbezug von Kläranlagenbetreiber und kantonalen Fachstellen hat der Bund Ende 2009 eine Revision der Gewässerschutzverordnung in die Anhörung geschickt, wonach die hundert grössten Kläranlagen der Schweiz für über 1,2 Milliarden Franken zu erweitern seien. Für die Betreiber der betroffenen grossen Kläranlagen fehlen heute die klaren Fakten, die diesen teuren Ausbau und sehr energieintensiven Betrieb rechtfertigen. Nach den Vorstellungen des Bundes sollen diese Massnahmen nur von den betroffenen Gebührensahlern und Kantonen finanziert werden – ein Vorschlag, der das Verursacherprinzip krass verletzt. Gemeinsam mit den Kantonen setzt sich Kommunale Infrastruktur dafür ein, dass der Bund die jetzige unausgereifte Revision sistiert und mit allen betroffenen Akteuren tragfähige Lösungen entwickelt, bevor die Verordnung geändert wird.

Abfallpolitik: Baustelle TVA-Revision

Kommunale Infrastruktur hatte die Gelegenheit, die kommunalen Interessen in der Begleitgruppe des Bundes zur TVA-Revision einzubringen. Das Kernanliegen ist unverändert eine gemeindeverträgliche Umsetzung der vom Parlament beschlossenen Teilliberalisierung der Abfallsammlung von hauskehrichtähnlichem Abfall aus Gewerbebetrieben. So fordert KI eine Mengenschwelle in der Höhe von 50 Tonnen Abfall pro Betrieb und Jahr als Mindestmenge für eine freie Wahl des Entsorgers. Daneben sind auch neue Vorschriften für die Rückgewinnung von Phosphor aus dem Klärschlamm, Ersatzbrennstoffe für Zementwerke, Auflagen zur Metallrückgewinnung aus KVA-Schlacke und Filterasche in Diskussion. Das BAFU hat einen ersten Ver-

ordnungsentwurf per Mitte 2010 in Aussicht gestellt und den 1. Januar 2012 als Termin für das Inkrafttreten genannt.

Vernehmlassungen und Anhörungen zu neuen Gesetzen, Verordnungen und Normen: Positionen von Kommunale Infrastruktur

Die detaillierten Stellungnahmen, die meist gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindeverband erarbeitet und eingereicht wurden, sind auf der Website unter der Rubrik Politik einsehbar.

• Empfehlungen für die energetische Verbesserung von Baudenkmalern

Städte und Gemeinden sind oft mit Zielkonflikten zwischen Denkmalschutz und der Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energiequellen konfrontiert. Kommunale Infrastruktur begrüsst die Publikation eines nationalen Leitfadens durch das BFE und die eidgenössische Kommission für Denkmalpflege, kritisierte den Entwurf aber gleichzeitig als zu denkmalorientiert.

• Revision Energiegesetz und Energieverordnung

Kommunale Infrastruktur verlangt, dass auch Städte und Gemeinden Bundesbeiträge für Beratung, Information sowie Aus- und Weiterbildung im Bereich effizienter Energienutzung erhalten können. Leider sind der Bund und der erstberatende Ständerat nicht auf dieses Anliegen eingetreten. Die Beratung im Nationalrat erfolgt im Lauf des Jahres 2010. Ebenso begrüsst KI einen national einheitlichen energetischen Gebäudeausweis. Die neuen Verbrauchsvorschriften für Elektrogeräte dürften nach Meinung von KI noch ambitionierter sein als vorgeschlagen.

• Standesinitiative: Differenzierung der Motorfahrzeugsteuern auf Bundesebene

Die Vorlage will umweltfreundliche Automobile fördern: Durch die Anpassung der auf Bundesebene beim Kauf eines Neuwagens einmalig erhobene Automobilsteuer sollen für den Kauf emissionsarmer Fahrzeuge finanzielle Anreize geschaffen werden. Kommunale Infrastruktur und der Schweizerische Städteverband befürworten die in der Standesinitiative vorgeschlagene Anpassung.

• Revision der Verordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA)

Die Anpassungen der VeVA an das Recht der EG werden von den Städten und Gemeinden im Grundsatz begrüsst. Hingegen lehnt KI den Vorschlag ab, dass künftig Kleinmengen von Sonderabfällen via Kehrachtsack entsorgt werden dürfen. Die Idee lässt sich nicht klar kommunizieren und setzt das Personal im Sammeldienst unnötigen zusätzlichen Risiken aus. Der Bund ist in der seit 1.1.2010 gültigen revidierten Verordnung auf dieses Anliegen eingetreten.

• Änderung der Verordnung über den Schutz nichtionisierender Strahlung (NISV)

Kommunale Infrastruktur, der Gemeinde- und Städteverband haben die vorgeschlagene Verordnungsänderung begrüsst, da sie Klarheit im Vollzug für die kommunalen Fachstellen schafft. Die revidierte Verordnung ist am 1. September 2009 in Kraft getreten.

• Strategiebericht EnergieSchweiz nach 2010

Eine Weiterführung des Programmes EnergieSchweiz ist für KI zwingend, wenn die Arbeit von Programmen wie EnergieSchweiz für Gemeinden und EnergieSchweiz für Infrastrukturanlagen weitergeführt werden sollen. In der Trägerschaft des Gesamtprogramms muss zudem die kommunale Ebene besser verankert werden. Der Bundesrat hat Ende 2009 die Weiterführung des Programms beschlossen.

• Revision CO₂-Gesetz: Klimapolitik nach 2012

Mit der Gesetzesrevision werden die Weichen für die nationale Klimapolitik nach 2012 gestellt. Kommunale Infrastruktur und der Städteverband sprechen sich für einen Massnahmen-schwerpunkt im Inland aus und begrüssen daher auch die Ausweitung der CO₂-Abgabe auf Treibstoffe. Städte und Gemeinden orientieren sich zunehmend am Konzept der 2000 Watt-Gesellschaft. Um die Rahmenbedingungen für die Ziele einer 2000 Watt-Gesellschaft intakt zu halten, sprechen sich KI und der Städteverband für ambitioniertere Reduktionsziele von 30 bis 40 Prozent bis 2020 aus. Die Debatte im Parlament erfolgt im Jahr 2010, zusammen mit der Behandlung der Volksinitiative für ein gesundes Klima.





Daneben hat Kommunale Infrastruktur die Anliegen der Städte und Gemeinden bei mehreren Anhörungen zu Normen und Richtlinien der Fachverbände VSS und VSA eingebracht:

- VSS Norm 640 980: Erhaltungsmanagement im überbauten Gebiet
- VSS Norm 640 761b: Winterdienst Schneeräumung
- VSS Norm 640 324b: Dimensionierung Strassenbau, Unterbau
- VSS Norm 640 364: Strassenentwässerung
- VSA Musterpflichtenheft GEP
- VSA Richtlinie baulicher Unterhalt von Entwässerungsanlagen

• **Revision CO₂-Gesetz: Emissionen neuer Personenwagen**

Kommunale Infrastruktur begrüsst die Festlegung von CO₂-Zielwerten für neu immatrikulierte Personenwagen und die damit verbundene Revision des CO₂-Gesetzes. Der direkte Nutzen daraus liegt in einem konkreten und wirksamen Beitrag für den Klimaschutz.

• **Revision der CO₂-Verordnung: Gebäudeprogramm**

Mit der Revision werden die Details zur Finanzierung des nationalen Gebäudeprogramms geregelt werden. Aus der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe fliessen in den nächsten zehn Jahren mindestens 1,3 Milliarden Franken direkt in die energetische Gebäudesanierung. Es wird angestrebt, den CO₂-Ausstoss bis ins Jahr 2020 um ca. 2,2 Mio. Tonnen zu reduzieren. Die Kommunalverbände verlangen, dass Vertreter von Städten und Gemeinden in den programmbegleitenden Fachaus-

schuss einbezogen werden, um das grosse Know-How der städtischen Energiefachstellen zum Nutzen des Programms einzubringen.

• **Umweltetiketten-Verordnung für Personenwagen**

Kommunale Infrastruktur begrüsst, dass die bisherige Energieetikette zur Umweltetikette erweitert und rasch eingeführt wird. Dank der Umweltetikette decken sich die Fahrzeugkategorien der Klassen A und B (kleine, leichte und weniger Parkraum verbrauchende Fahrzeuge mit geringen Emissionen) nun klarer mit den Ansprüchen der Städte hinsichtlich stadtverträglicher Mobilität. In einem nächsten Schritt ist zu prüfen, ob damit hinsichtlich Zufahrtsbeschränkungen bei Smoglagen in Städten bereits eine praktikable Kenngrösse vorliegt.

Fachgruppen

Fachgruppe Abfälle

Kosten und Kennzahlen in der Abfallwirtschaft

Daten zur Entsorgungsinfrastruktur und den Kosten für die Abfallentsorgung und Recycling von Wertstoffen auf Stufe Städte und Gemeinden sind in der Schweiz bisher gebündelt kaum verfügbar. Für ein erfolgreiches Lobbying für kostendeckende Vergütungen bei mehreren Separatsammlungen wie Papier, Glas, Weissblech und Aluminium sind solche Kennzahlen aber eine wichtige Basis. Kommunale Infrastruktur hat daher in einer Umfrage alle Gemeinden angeschrieben. Die Rückmeldungen zeigen, dass die Daten in sehr unterschiedlicher Qualität verfügbar sind.

Erste Auswertungen zeigen auf, dass die Bruttokosten der Gemeinden für die Abfallentsorgung in der Grössenordnung von Fr. 70.– bis Fr. 110.– pro Einwohner und Jahr liegen. Grundsätzlich fallen in grösseren Gemeinden meist auch höhere Kosten pro Einwohner und Jahr an, gleichzeitig bieten diese Gemeinden aber auch ein umfassenderes Dienstleistungsangebot. Kommunale Infrastruktur publiziert einen umfassenden Bericht per Mitte 2010. Ziel ist es, diese Umfrage weiterzuführen, um über die Jahre vergleichende Daten zu erhalten.

Klare Definitionen für Abfall-Kennzahlen nötig

KI, mehrere Kantone und Zweckverbände haben das BAFU ermuntert, gemeinsam einheitliche Definitionen für Kosten- und Leistungskennzahlen in der Abfallwirtschaft festzulegen. Somit kann die Basis für aussagekräftige Vergleiche geschaffen werden. Das BAFU hat das Thema aufgegriffen. In einem Workshop im Dezember 2009 trugen Vertreter der wichtigsten Interessens-Gruppen (BAFU, Kantone, Verbände, Städte, Gemeinden) sowie ausgewählte ExpertInnen ihr Wissen und ihre Erfahrungen



zu Abfallkennzahlen zusammen. Die Gruppe hat die Meilensteine für das weitere Vorgehen definiert. Mit einem Entwurf ist im Lauf des nächsten Jahres zu rechnen.

Kunststoffe separat sammeln?

Die Rahmenbedingungen dieser voluminös grossen Abfallfraktion der Haushalte sind schwierig: Der grösste Teil der Kunststofffraktion ist sehr heterogen zusammengesetzt und besteht aus kleinen, leichten Teilen, welche eine Zerlegung bei heutigem Stand der Technik zu aufwändig und teuer macht. Gleichzeitig besteht das Problem, dass die Materialerlöse die hohen Sammel- und Transportkosten für die leichten aber voluminösen Kunststoffabfälle nicht decken. Eine stoffliche Wiederverwertung von Kunststoffen macht nur dann Sinn, wenn ein klarer ökologischer Gewinn erzielt wird und die Sammlung und Verwer-

tung wirtschaftlich tragbar und langfristig gesichert ist. In Planung ist eine Grundlagenstudie, welche Verwertungsoptionen, Kapazitäten, Kosten, Ökologie-Fragen sowie Vergleich zu KVA und Zementwerken beinhaltet. Mehrere Mitglieder der Fachgruppe verfolgen die Entwicklungen und finanzieren eine gemeinsame Studie über die Optionen einer kommunalen Kunststoffsammlung. Für generelle Aussagen, ob eine schweizweite zusätzliche Separatsammlung nachhaltig wäre und von der Bevölkerung akzeptiert würde, fehlen heute noch die klaren Entscheidungsgrundlagen. In erster Linie erachtet es KI als die Aufgabe der Wirtschaft, solche Systeme aufzubauen und dauerhaft zu finanzieren. Ähnlich wie bei existierenden privatwirtschaftlich organisierten Separatsammlungen könnten Gemeinden gegen Vergütung der Leistungen ergänzende Sammelstellen betreiben.

Entsorgen beim Versorgen?

Der Trend bei den kommunalen Abfallkonzepten geht eindeutig weiter in die Richtung von betreuten Entsorgungszentren mit einem breiten Dienstleistungsangebot. Aus Sicht von KI wären diesbezüglich auch Synergien mit grösseren Einkaufszentren möglich und nötig. Die Nutzung von leeren Lieferwagen für Rücktransporte und die Anlieferung der Wertstoffe am Ort des Einkaufs reduziert die Anzahl der gefahrenen Personenwagen-Kilometer massiv. Im Gespräch mit der IG Detailhandel Schweiz erarbeitet KI die Grundsätze, welche als Basis für solche Lösungen im Sinn der Kundenbedürfnisse dienen können. KI erwartet dazu auch verbindliche Regelungen in der neuen TVA. ■



Fachgruppe Umwelt und Energie

Die Abhängigkeiten zwischen den Zielen einer nachhaltigen Energiepolitik und den Herausforderungen im Klimaschutz nehmen zu. So ist beispielsweise das Thema der Elektromobilität insbesondere für die Städte ein Trend, der aus beiden Blickwinkeln von Bedeutung ist. Für eine effiziente Verbandsarbeit sind daher die Kräfte zwischen den bisher meist getrennt agierenden Akteuren auf kommunaler Stufe besser zu koordinieren. Das Geschäftsjahr war für die Fachgruppenmitglieder geprägt von zahlreichen Anpassungen von Gesetzen und Verordnungen zu den Themen Energie und Klima, zu denen sich KI im Anhörungsverfahren geäussert hat. Durch die enge Kooperation zwischen den Städten und der Geschäftsstelle konnte die grosse Anzahl der Vorlagen effizient bearbeitet werden.

Energiepolitik: Dynamische Städte und Gemeinden

Nachhaltige Energieversorgung, Förderung erneuerbarer Energieträger und Energieeffizienz geniessen in vielen Städten und Gemeinden momentan eine hohe Priorität: Vielerorts werden Energiekonzepte erstellt, revidiert und an die Zielsetzungen der 2000 Watt-Gesellschaft adaptiert. Die Fachgruppenmitglieder verlangen daher zu Recht, dass auch der Bund und insbesondere die Kantone die wichtige Rolle der kommunalen Ebene bei der Umsetzung einer nachhaltigen

Energiepolitik anerkennen und in ihre Programme als Partner integrieren.

Erfreulicherweise haben KI und die Kommunalverbände erreicht, dass Städte und Gemeinden bei der Weiterführung des Programms EnergieSchweiz für die nächsten zehn Jahre enger in die Trägerschaft eingebunden werden.

Öffentliche Beleuchtung und Lichtverschmutzung

Städte und Gemeinden stehen bei der öffentlichen Beleuchtung in einem Spannungsfeld zwischen Sicherheitsbedürfnissen, Energieeffizienz und Lichtverschmutzung. Die Gemeinden und Städte besitzen zunehmend Lichtkonzepte. Die Fachgruppe verfolgt die Thematik weiter, um Erfahrungen und Informationen zu bündeln und verfügbar zu machen.

Engere Kooperation mit den Klimabündnisstädten

In der Tätigkeit der Fachgruppe ergeben sich inhaltliche und personelle Überschneidungen mit den Klimabündnisstädten. Die Fachgruppe hat sich im Grundsatz dafür ausgesprochen, die Kooperation mit den Vertretern der Klimabündnisstädte zu verstärken und Doppelspurigkeiten abzubauen, um letztlich die Kraft der Städte in diesem Bereich zu stärken. Die konkreten Strukturen werden im laufenden Jahr gemeinsam festgelegt. ■



Fachgruppe Strassen

Ist Sauberkeit messbar?

Während für die Beurteilung des baulichen Zustands von Strassen schon lange Normen existieren, fehlten solche bisher für die Reinigung. In den grösseren Städten nimmt das Bedürfnis nach einheitlichen Kriterien zur Beurteilung der Sauberkeit im öffentlichen Raum zu. Eine Arbeitsgruppe von Kommunale Infrastruktur hat die verschiedenen Ansätze in den Städten zu einem einheitlichen Beurteilungskatalog zusammengetragen, der als neue Publikation «Beurteilung von Sauberkeit in Städten und Gemeinden» veröffentlicht wird. Damit erhalten die Kommunen ein Instrument zur faktenbasierten Dokumentation der Sauberkeit und zur Wirkungsbeurteilung von getroffenen Massnahmen.

In der Litteringthematik hat das Bundesamt für Umwelt eine stärkere koordinierende Rolle zwischen den verschiedenen Akteuren übernommen. Für die Städte hatte die Reduktion der Anzahl verschiedener Pendlerzeitungen positive Nebeneffekte auf die Sauberkeit. Die Erfahrungen derjenigen Städte, die mit den Verlagen umfassende Verträge abgeschlossen haben sind tendenziell positiv. Anlässlich des runden Tisches zur Litteringthematik beim Bundesamt für Umwelt im Herbst 2009 haben die Verlage erfreulicherweise ihre Bereitschaft signalisiert, an einem Mustervertrag mitzuwirken und bewährte Regelungen für alle Städte verfügbar zu machen.

Littering: Wer ist Verursacher?

Kommunale Infrastruktur vertritt die Haltung, dass Verkaufsstellen von Produkten zur Unterwegsverpflegung eine Mitverantwortung am Littering tragen. In mehreren Kantonen und Städten befinden sich Bonus-Malus- und Labelsysteme in Entwicklung, die Anreize für Eigenleistungen dieser Betriebe setzen. Die finanziellen Anreize werden durch eine Abstufung der

Abfallgrundgebühren gesetzt. Im Fall der Stadt Bern, die in diesem Bereich Pionierarbeit leistet, zeichnet sich jedoch ein längerer Rechtsstreit mit den Detailhändlern ab. Kommunale Infrastruktur begrüsst eine entsprechende Klärung.

In der Kommunikation und Sensibilisierung hat sich die von Handel und Herstellern finanzierte IG SU als wichtige ergänzende Plattform zu den Aktivitäten in den einzelnen Kantonen, Regionen und Gemeinden etabliert. Damit anerkennt die Trägerschaft ihre Mitverantwortung für eine saubere Umwelt. Deren Angebote werden in den Gemeinden zunehmend nachgefragt.

Auftragungen im Strassenraum koordinieren

Eine optimale Koordination der Bautätigkeiten im Strassenraum zwischen den Gemeinden als Strasseneigentümer, den Energieversorgungswerken und den Telekommunikationsanbietern ist in allen Gemeinden ein Ziel, bei der Umsetzung weichen Wunschvorstellung und Realität aber oft voneinander ab. Für Kommunale Infrastruktur ist es entscheidend, dass die Gemeinde als Strasseneigentümerin auch Taktgeberin für bauliche Interventionen ist. Die Kostenteiler zwischen den Werken und der Strassenbehörde sowie die Verrechnungssätze bei Instandstellungsarbeiten werden von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich gehandhabt. Mit einer neuen Empfehlung zur Ergänzung kommunaler Strassenreglemente erstellt Kommunale Infrastruktur die Grundlagen für eine einheitlichere Handhabung.

Winterdienst: Holzplättchen als Alternative zu Salz?

Im Winterdienst handeln Gemeinden stets im Dilemma zwischen Ansprüchen nach grösstmöglicher Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer, der rechtlichen Verantwortung als Werkeigentümer, Umweltschutz und personellen und finanziellen

Möglichkeiten. Aufgrund der europaweiten Knappheit von Auftausalz im vergangenen Winter mussten zahlreiche Gemeinden die Prioritäten neu setzen und die Schwarzeräumung auf Hauptachsen beschränken. Mehrere Städte und Gemeinden haben auch mit Salz imprägnierte Holzplättchen vornehmlich im Fussgängerbereich als Alternative zu Splitt und Salz getestet. Erste Erfahrungen zeigen, dass solche Produkte vor allem in höheren Lagen, z.B. in Wintersportorten mit vielen aufeinanderfolgenden Frosttagen eine Alternative für sichere Trottoirs sind. Im städtischen Raum hat Bern erste Erfahrungen mit dem Produkt gesammelt. Die Auswertung wird im Laufe des Jahres 2010 verfügbar sein.

Leitungssanierungen in Privatstrassen: Wer ist zuständig?

Ein Bundesgerichtsurteil (1C 3090/2007) zum Thema Kanalisationsbau in Privatstrassen verdeutlicht die komplexe Rechtslage zwischen dem nationalen Raumplanungsgesetz, Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (WEG), Gewässerschutzgesetz und unterschiedlichen kantonalen Anschlussgesetzgebungen. Im konkreten Fall in der Stadt Lausanne entschied das Gericht, dass neue Abwasserleitungen zur Errichtung des Trennsystems in einer Privatstrasse mit mehreren Anliegern von der Stadt zu finanzieren seien. Ausschlaggebend dafür waren letztlich kantonale und kommunale Bestimmungen, die je nach Kanton oder Gemeinde sehr unterschiedlich sind. Kommunale Infrastruktur wird dazu eine generelle Empfehlung erarbeiten. ■





Fachgruppe Abwasser

Der Arbeitsschwerpunkt der Fachgruppe lag bei der Thematik der Mikroverunreinigungen im Abwasser. Die Mitglieder der Fachgruppe Abwasser anerkennen den Handlungsbedarf zur Reduktion von Mikroverunreinigungen in Gewässern. Nachdem das BAFU im Herbst 2009 trotz noch laufender Forschungsarbeiten bereits eine Pflicht zur Erweiterung der hundert grössten Kläranlagen mit einer zusätzlichen Stufe zur Elimination von Mikroverunreinigungen in Aussicht stellte, verlangte eine Motion von Nationalrat Kurt Fluri, Vorstandmitglied des Städteverbandes in der Herbstsession eine klare Strategie und eine finanzielle Beteiligung des Bundes an der Anlagenerweiterung. Ungeachtet dessen und den dem BAFU bekannten Bedenken der Anlagenbetreiber über das gewählte Vorgehen eröffnete der Bund Ende 2009 die Anhörung zur Revision der Gewässerschutzverordnung, mit dem Ziel, die Erweiterung der hundert grössten Kläranlagen bis zum Jahr 2018 zur Pflicht zu machen. Die geschätzten Gesamtinvestitionen belaufen sich auf über 1,2 Milliarden Franken und sollen laut BAFU vollumfänglich von den betroffenen Kantonen, respektive den Kläranlagen und den angeschlossenen Gebühreneinzahlern getragen werden. Mit diesem Ansatz verletzt der Bund das

Verursacherprinzip. Gleichzeitig torpediert er die Bestrebungen zum Anschluss kleiner Kläranlagen an effiziente grössere ARA. Die problematischen organischen Spurenstoffe gelangen unter anderem durch den Konsum von Medikamenten und Hormonpräparaten in den Wasserkreislauf. Eine vernünftige Finanzierungslösung für technische Massnahmen muss daher entweder beim Produkt – mittels einer vorgezogenen Entsorgungsgebühr – oder mit einer auf alle Konsumenten verteilte Gebühr ansetzen.

Gemeinsam mit dem VSA begleitet die Fachgruppe die nächste nationale Erhebung der Leistungs- und Kostenkennzahlen in der schweizerischen Abwasserwirtschaft. Die erste Erhebung wurde mit den Daten des Jahres 2004 durchgeführt und ist im VSA/KI Bericht: «Kosten der Abwasserentsorgung» dokumentiert. Das Ziel der aktuellen Erhebung im Jahr 2010 ist, eine breitere Beteiligung und bessere Daten im Bereich der Kanalnetze zu erhalten. Die Datenerhebung soll über die Kantone erfolgen.

Die gemeinsame VSA/KI Arbeitsgruppe «Finanzielles Führungssystem Abwasser» hat die inhaltlichen Arbeiten am finanziellen Planungsmodell für Abwasseranlagen abgeschlossen und die Rückmeldungen der Anhörung berücksichtigt. Das excelbasierte Planungsinstrument richtet sich an Betreiber und Finanzverantwortliche von

Abwasserzweckverbänden, Kläranlagen und Kanalnetzen. Es erlaubt eine betriebswirtschaftliche Mittel- und Langfristplanung von Investitionen und Gebühren und wird im Sommer 2010 verfügbar sein.

Bei mehreren städtischen Betreibern von Kanalnetzen nimmt das Bedürfnis nach einem engeren Austausch zu. Kommunale Infrastruktur hat sich als Plattform angeboten und zu einer konstituierenden Arbeitsgruppensitzung eingeladen.

Auch in der Wasser- und Abwasserbranche reift die Erkenntnis, dass in der Schweiz angesichts der mittelfristig anstehenden Erneuerungen in den wassergebundenen Netzinfrastrukturen die Datengrundlagen verbessert werden müssen, Informationen und Planungswerkzeuge besser verfügbar sein müssen und eine klare Infrastrukturstrategie formuliert werden muss. In der Umsetzung ist sowohl bei der Trinkwasserversorgung und der Siedlungsentwässerung vor allem die kommunale Ebene gefordert. Im Rahmen der Vereinigung Wasseragenda 21, welche von Fachverbänden im Wasserbereich, Bund und Kantonen getragen wird, haben sich Fachleute unter Mitwirkung von KI zu ersten Workshops getroffen. Im Laufe des Jahres 2010 wird diese Projektgruppe Ansätze für eine wasserbezogene Infrastrukturstrategie formulieren. ■

Fachgruppe Immobilien

Zahlreiche Gemeinden haben noch keine klar definierte Immobilienstrategie. Als ersten Schwerpunkt formuliert die Fachgruppe daher die Kernelemente, die Gegenstand von kommunalen Immobilienstrategien sein müssen. Mehrere Anfragen aus Gemeinden haben gezeigt, dass ein Bedürfnis nach Beratung im Zusammenhang mit kommunalen Immobilien besteht. ■

Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Organisationen

Kommunale Infrastruktur pflegt eine offene Kooperation mit zahlreichen Fachverbänden, kantonalen Fachstellen und Bundesämtern, sowohl in der politischen Arbeit als auch bei Projekten und Veranstaltungen. Neben der engen Kooperation mit dem Schweizerischen Städteverband und dem Schweizerischen Gemeindeverband hat Kommunale Infrastruktur mit folgenden Organisationen gemeinsame Projekte bearbeitet:

- **Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz (PUSCH)**
 - Koordination der Ausbildungsangebote und Veranstaltungen
 - Projektbezogene Zusammenarbeit
 - Mitwirkung in der der Trägerschaft des Aktionstags «Wahre Werte»
- **Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA)**
 - Mitwirkung in den Kommissionen «Finanzierung» und «Kennzahlen»
 - Kooperation bei Projekten, Veranstaltungen und Publikationen
- **Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfachs (SVGW)**
 - Projektbezogene Zusammenarbeit (Planungsmodell Abwasser)
- **Schweizerischer Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS)**
 - Vertretung mit städtischen Vertretern in relevanten VSS-Expertenkommissionen
 - Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Stadt- und Gemeindeingenieure
 - Kooperation bei Tagungen
 - Mitwirkung bei Vernehmlassungen zu neuen VSS- Normen
- **Verband Kompostwerke Schweiz (VKS)**
 - Erfahrungsaustausch
 - Infoplattform BAW
 - Mitwirkung am runden Tisch Biomasse
- **Kompostforum**
 - Schriftenaustausch und projektbezogene Kooperation
- **Verein Arbeitssicherheit Schweiz**
 - Einsitz im Vorstand (A. Bukowiecki)
- **Europäische Kommission für Normung (CEN)**
 - Vertretung in den technischen Komitees (TC) via Schweizerische Normenvereinigung
 - TC 183 «Waste Management», Delegierter Marcel Kalbermaten, ERZ Zürich
- **Swiss Recycling**
 - Erfahrungsaustausch
 - Kooperation in Projekten
 - Regelmässiger Kontakt zu den Mitgliederorganisationen Ferro, Igora, Inobat, PET Recycling Schweiz, Vetroswiss sowie SENS und SWICO
- **Stiftung Entsorgung Schweiz (S.EN.S)**
 - Einsitz im Stiftungsrat (G. Neuhold)
- **Verband der Betriebsleiter und Betreiber Schweizerischer Abfallbehandlungsanlagen (VBSA)**
 - Regelmässige Kontakte zur Koordination von Projekten und Veranstaltungen
 - Kooperation bei Veranstaltungen
- **Stiftung sanu / Bildung für nachhaltige Entwicklung**
 - Einsitz im Stiftungsrat (A. Bukowiecki)
- **Schweizerischer Nutzfahrzeugverband (ASTAG)**
 - Einsitz in der Kommission Abfalltransporte (S. Kocher)
 - Projektbezogene Kooperationen
- **Verband Kommunale Abfallentsorgung und Strassenunterhalt (VKS im VKU) Deutschland**
 - Erfahrungs- und Schriftenaustausch
- **EnergieSchweiz für Infrastrukturanlagen**
 - Mitwirkung in der Trägerschaft
- **Energiestadt**
 - Erfahrungsaustausch mit der Geschäftsstelle
- **Association romande des chefs de voirie (ARCV)**
 - Erfahrungsaustausch
- **Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftverband (ÖWAV)**
 - Erfahrungs- und Schriftenaustausch
- **Vereinigung staatlicher und kommunaler Leiter Immobilien (VSLI)**
 - Kooperation im Rahmen des Aufbaus der Fachgruppe Immobilien
- **Klimabündnisstädte Schweiz**
 - Koordination von Projekten und Themen
- **Erfa Energiebeauftragte der grossen Städte und Kantonshauptorte**
 - Koordination von Projekten und Themen
- **Wasseragenda 21**
 - Mitwirkung in der Arbeitsgruppe Infrastrukturmanagement

Kurse und Tagungen

Praxisbezogene Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen sind für Kommunale Infrastruktur ein wichtiges Element für erfolgreiche Verbandsarbeit. Die Anlässe werden auch zur Kontaktpflege mit und unter den Mitgliedern geschätzt. Das Angebot besteht aus etablierten Kursen mit grosser Nachfrage und Informationstagungen zu aktuellen Themen.

Strassenmeisterkurse

Die Strassenmeisterkurse konnten im bewährten Rahmen mit über 80 Teilnehmern in Nottwil durchgeführt werden. In den zweitägigen Kursen wird theoretisches Grundwissen in den Gebieten Abfallentsorgung, Reinigung, Unterhalt von Fahrzeugen und Geräten, Arbeitssicherheit, Winterdienst, Personalführung und baulicher Unterhalt von Referenten aus der kommunalen Praxis vermittelt.

Werkhoftagungen

Für Mitarbeiter von Werkhöfen hat Kommunale Infrastruktur im Juni im Werkhof der Stadt Baden einen Weiterbildungstag zu den Themen Reinigung, Vandalismus und Abfallsammelstellen organisiert. Zu den Themen Winterdienst und Fahrzeugbeschaffung wurden im September im Werkhof des Tiefbauamts der Stadt St. Gallen zwei Weiterbildungstage durchgeführt.





Seminar: Umgang mit aggressiven und unfreundlichen Kunden

MitarbeiterInnen von Werkhöfen, Bauämtern und Stadtwerken erleben bei ihrer Arbeit auch unangenehme Situationen mit unfreundlichen oder aggressiven Einwohnern und Kunden. Hans Peter Ulli, Schauspieler und Erwachsenentrainer, vermittelte im eintägigen Seminar vom 9. September 2009 neben theoretischen Grundlagen vor allem Tipps für den Alltag sowie ein Training für das Verhalten in heiklen Situationen.

Tagung: Energiepolitik in der Gemeinde – Handlungsspielraum nutzen!

Die zahlreichen praxisbezogenen Referate der Fachtagung vom 27. Oktober 2009 haben die grosse Bedeutung der kommunalen Ebene in der Umsetzung der Energiepolitik verdeutlicht.

In vielen Regionen der Schweiz engagieren sich Gemeinden für eine langfristig nachhaltige Energieplanung und -versorgung. Auch zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energien können Städte und Gemeinden viel beitragen. Ein grosses Potenzial liegt bei einer nachhaltigen Wärmeversorgung, die durch die lokalen Energieversorger in Contracting-Modellen angeboten werden können.

Journée technique: Service hivernal et signalisation temporaire

Speziell für die Werkhofmitarbeiter in der Romandie hat Kommunale Infrastruktur am 26. März 2009 einen gut besuchten Informationstag in Fribourg zu den Themen Winterdienst und Signalisation durchgeführt. ■

Tagungen und Kurse 2009 im Überblick

Kurs / Tagung	Datum / Ort	Anzahl Teilnehmer
Journée technique: Service hivernal et signalisation temporaire	26. März 2009 in Fribourg	53
Strassenmeisterkurs 1/09	7./8. Mai 2009 in Nottwil	43
Strassenmeisterkurs 2/09	22./23. Oktober 2009 in Nottwil	40
Mitgliederversammlung 2009	12. Juni 2009 in Bern (Suissepublic)	74
Werkhoftagung 1: Reinigung, Vandalismus, Abfallsammelstellen	19. Juni 2009 in Baden	50
Werkhoftagung 2: Winterdienst und Fahrzeugbeschaffung	4. + 11. September 2009 in St. Gallen	2x43
Seminar: Umgang mit aggressiven und unfreundlichen Kunden	9. September 2009 in Zürich	21
Tagung: Energiepolitik in der Gemeinde – Handlungsspielraum nutzen	27. Oktober 2009 in Olten	104
		Total: 471

Werkhofberatung und Publikationen

Beratungsdienst für Werkhöfe und Abfallkonzepte

Die Nachfrage nach dem Beratungsdienst ist weiterhin gross. Offenbar stellen sich die Gemeinden vermehrt Fragen nach optimalen Strukturen im Werkdienst. Daniel Schneeberger hat in seiner nebenamtlichen Tätigkeit als Werkhofberater für Kommunale Infrastruktur auch Gemeinden begleitet, die eine Zusammenlegung der Werkhöfe und eine enge interkommunale Kooperation prüfen. Neben mehreren Werkhofanalysen und Raumkonzepten hat er auch Konzepte für Abfallsammelstellen mit Unterflur-Containern erstellt.

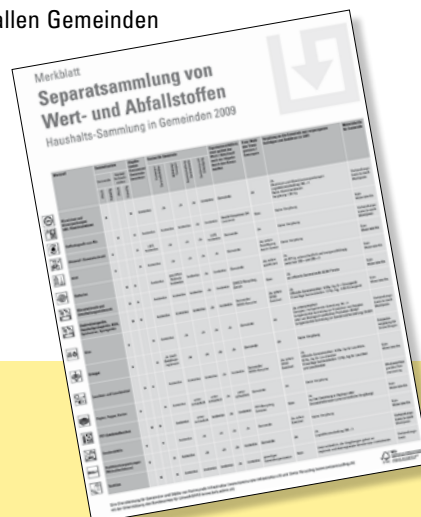


Neue Publikationen

Zur Planung und Dimensionierung von Abfall- und Wertstoffsammelstellen hat Kommunale Infrastruktur ein neues, einfach handliches Praxisinstrument publiziert, welches auf der Website verfügbar ist.

Gemeinsam mit der Branchenorganisation Swissrecycling hat KI erstmals ein Merkblatt «Separatsammlung von Wert- und Abfallstoffen» mit allen relevanten Informationen für Gemeinden schweizweit versandt. Das Merkblatt wird jährlich aktualisiert und jeweils allen Gemeinden zugestellt.

Gleichzeitig haben drei weitere Arbeitsgruppen an neuen Publikationen wie «Beurteilung von Sauberkeit in Städten und Gemeinden», dem Finanzplanungsmodell für Abwasseranlagen sowie einer Empfehlung zur Regelung der Aufgrabungsarbeiten im Strassenbereich gearbeitet. ■



Organisation

Mitgliederversammlung 2009

An der Mitgliederversammlung vom 12. Juni 2009 im Rahmen der grössten Schweizer Kommunalmesse SUISSPUBLIC hat die Direktorin des Städteverbandes das grosse Engagement des nach sechs Jahren abtretenden Präsidenten Gottfried Neuhold im Namen beider kommunaler Spitzenverbände gewürdigt und verdankt. Ihm war es stets ein grosses Anliegen, dass Wissen und Erfahrungen zwischen Städten und Gemeinden ausgetauscht wird. Er war die treibende Kraft bei der Realisierung des Rahmenvertrags zur Altpapierfinanzierung und beim Erfolg der Kommunalverbände in den Verhandlungen zur Reduktion der Monopolgebühren für das Auftausalz im Winterdienst. Die Mitgliederversammlung hat den langjährigen Vize-Präsidenten Alain Jaccard, Leiter der Bereiche Infrastrukturen und Energie in der Stadt Morges zum neuen Präsidenten von Kommunale Infrastruktur gewählt. Als neuer Vize-Präsident wurde Beat Ammann, Direktor der ara region bern ag und Vorsitzender der KI-Fachgruppe Abwasser gewählt.

Im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen hat die Mitgliederversammlung die bisherigen Vorstandsmitglieder in globo bestätigt und Laurent Balsiger, Stadtingenieur von Pully als neues Vorstandsmitglied aufgenommen. Die Veranstaltung wurde mit Referaten von Peter Blank, Mitglied des Vorstandes des Verbands kommunale Stadtreinigung und Abfallwirtschaft im VKU aus Deutschland zum Thema «Gründe für eine starke kommunale Abfallwirtschaft- Erfahrungen aus Deutschland» und von Dr. Hans-Peter Fahrni, Chef der Abteilung Abfälle und Rohstoffe im Bundesamt für Umwelt zur anstehenden Totalrevision der TVA abgeschlossen.

Vorstand

Der Vorstand hat sich in seinen Sitzungen die Trends analysiert, die im Infrastrukturbereich für Gemeinden und Städte eine Rolle spielen werden. Die heutigen kommunalen Entscheidungsstrukturen gelangen bei den anstehenden regionalen Aufgaben im Infrastrukturmanagement vermehrt an ihre Grenzen. Die Anzahl koordinierender Gremien steigt vielerorts rasant an. Damit wird die Frage nach sinnvollen Einheiten auf kommunaler und kantonaler Ebene auch von den Infrastrukturfachleuten vermehrt gestellt. Bei der Planung gilt es, auch den spezifischen Bedürfnissen einer zunehmend älteren Bevölkerung in vielerlei Hinsicht Rechnung zu tragen. Für die Verbandsarbeit wird eine enge Abstimmung und Bündelung der kommunalen Akteure im Themenfeld Klimaschutz, Energie sowie Mobilität wichtig.



Geschäftsstelle

Dank der im Vorjahr beschlossenen Mitgliederbeitragserhöhung konnte die Geschäftsstelle personell verstärkt werden: Seit Februar 2009 ergänzt Nina Aemisegger dipl. Geographin, als Projektleiterin (Beschäftigungsgrad 50%) das Team. Im April 2009 hat Stephanie Glutz die Sekretariatsstelle übernommen. Ihre Vorgängerin Laura Fellmann hat nach knapp dreijähriger Tätigkeit für Kommunale Infrastruktur ein Fachhochschulstudium aufgenommen. Geschäftsführer von Kommunale Infrastruktur ist Alex Bukowiecki Gerber (Beschäftigungsgrad 80%).

Mitglieder

Per Ende 2009 hat der Mitgliederbestand um weitere 9 Mitglieder von 207 auf 216 zugenommen. Die Nettozunahme ergibt sich aus 15 Neueintritten und 6 Austritten. ■

Mitgliederbestand per:	01.01.2009	31.12.2009
Kategorie	Anzahl	Anzahl
Städte und Gemeinden Zweckverbände	146 27	155 26
Kantone	3	3
Gönner – juristische Personen	20	21
Gönner – natürliche Personen	6	6
Ehrenmitglieder	5	5
Total Mitglieder	207	216

Mitglieder 2009

Städte und Gemeinden

Aadorf	Politische Gemeinde	Horw	Gemeindeverwaltung
Aarau	Stadtbauamt	Hütten	Gemeindewerke
Aarburg	Bauamt Gemeinde	Köniz	Gemeindebetriebe, Abt. Werkhof
Adliswil	Gesundheit/Umwelt	Kirchlindach	Gemeindeverwaltung, Bauinspektorat
Altnau	Politische Gemeinde	Kreuzlingen	Stadtverwaltung
Arbaz	Commune	Küssnacht	Bauamt
Aubonne	Commune	Küssnacht am Rigi	Bezirk, Ressort Infrastruktur
Arosa	Gemeindebauamt	Langenthal	Bauverwaltung
Ayent	Administration communale	Langnau i.E.	Bauamt
Baden	Abteilung Strassen und Anlagen	Lausanne	Service d'assainissement
Bagnes	Administration communale	Lenk	Einwohnergemeinde
Basel	Amt für Umwelt und Energie	Leukerbad	Gemeinde, Abteilung Technik
	Tiefbauamt – Stadtreinigung	Locarno	Ufficio tecnico comunale
Belp	Einwohnergemeinde	Lugano	Dicastero del territorio
Bern	Abfallentsorgung	Luzern	Tiefbauamt
	Tiefbauamt	Lyss	Bauabteilung
Bever	Gemeindeverwaltung	Martigny	Services techniques
Berikon	Gemeinde	Meikirch	Gemeindeverwaltung
Biberist	Bauverwaltung	Monthey	Service des travaux publics et environnement
Biel-Benken	Bauabteilung	Montreux	Service des travaux
Biel/Bienne	Strasseninspektorat	Morges	Service des infrastructures et énergies
Bière	Commune	Moudon	Municipalité
Binningen	Gemeindeverwaltung	Mümliswil-Ramiswil	Gemeindeverwaltung
Birmensdorf	Gemeindeverwaltung	Münchenbuchsee	Bauabteilung
Birr	Gemeinderat	Münsingen	Gemeindeverwaltung
Bonstetten	Politische Gemeinde	Murgenthal	Einwohnergemeinde
Bougy-Villars	Administration communale	Muri b. Bern	Tiefbauamt
Bottmingen	Gemeindeverwaltung	Murten	Bauverwaltung
Burgdorf	Stadtbauamt	Näfels	Bauverwaltung
Bussigny-près-Lausanne	Direction des travaux publics	Neuchâtel	Service de la voirie
Caslano	Ufficio tecnico comunale	Niedergösgen	Werkhof
Château-d'Oex	Commune, DéchPE	Niederhasli	Gemeindeverwaltung
La Chaux-de-Fonds	Direction des travaux publics	Nyon	Service des travaux
Le Chenit	Municipalité	Oberägeri	Bauabteilung
Chur	Tiefbau- und Vermessungsamt	Oberbipp	Einwohnergemeinde
Cologny	Mairie	Oberglatt	Gemeindeverwaltung
Commugny	Commune	Oberkulm	Bauamt, Werkhof
Coppet	Administration communale	Obersiggenthal	Bauverwaltung
Corcelles-près-Payerne	Commune	Oberwil BL	Bauamt
Davos	Gemeindeverwaltung	Oftringen	Abteilung Bauen Planen Umwelt
Delémont	Service des travaux publics	Olten	Stadtverwaltung
Dietikon	Werkhof	Ostermundigen	Tiefbauamt
Dietlikon	Gemeindewerke	Otelfingen	Gemeindeverwaltung
Dotzigen	Einwohnergemeinde	Payerne	Direction des travaux
Dübendorf	Stadtverwaltung	Peseux	Administration communale
Duggingen	Einwohnergemeinde	Pieterlen	Bauverwaltung
Ecublens	Services des Travaux, domaines et environnement	Pully	Direction des travaux
Einsiedeln	Werkbetriebe	Reinach BL	Gemeinde
Fehraltorf	Gemeinde	Renens	Municipalité
Freienbach	Gemeindeverwaltung	Richterswil	Gemeinde, Gesundheit/Umwelt
Fribourg	Service de la voirie	Rolle	Services techniques
Fully	Municipalité	Rüschlikon	Gemeinde, Abteilung Tiefbau/Werke
Genève ville	Service entretien et travaux	Saanen	Bauverwaltung
Gland	Infrastructures & environnement	Saint-Prex	Municipalité
Glarus	Bauamt	St. Gallen	Entsorgungsamt
Goldach	Bauverwaltung	St. Moritz	Strasseninspektorat
Gretzenbach	Einwohnergemeinde	Schaffhausen	Bauamt
Herisau	Tiefbauamt	Schlieren	Tiefbauamt
		Schmitten	Werke, Versorgung und Anlagen
			Ressort Strassen und Wege, Umwelt undkehricht

Schwerzenbach	Gemeindeverwaltung
Sierre	Service des travaux publics
Sion	Service des travaux publics
Solothurn	Stadtbauamt
Speicher	Gemeinde
Stadel	ARA Windlach
Stein AG	Ressort Wasser/Abwasser
Subingen	Einwohnergemeinde
Sulgen	Politische Gemeinde
Sursee	Stadtbauamt, Werkdienst
Tägerwilen	Politische Gemeinde
Teufen	Bauverwaltung
Thalwil	Gemeinde
Therwil	Gemeinde
Thun	Tiefbauamt, Abfallbeseitigung
Unterägeri	Bauamt
Untersiggenthal	Einwohnergemeinde, Bau und Planung
Urtenen	Bauverwaltung
Uster	Abteilung Raumordnung
Vaz/Obervaz	Politische Gemeinde
Vevey	Direction des travaux
Volketswil	Bauverwaltung
Wädenswil	Bauamt
Wahlern	Bauverwaltung
Wald	Gemeinde
Wallisellen	Gemeindeverwaltung
Wigoltingen	Gemeindeverwaltung
Wil	Tiefbauamt
Winterthur	Strasseninspektorat
Wittenbach	Bauverwaltung
Würenlos	Gemeindeverwaltung
Yverdon-les-Bains	Direction du service des travaux
Zofingen	Bauamt
Zollikofen	Bauverwaltung
Zollikon	Bauabteilung
Zuchwil	Bauverwaltung
Zug	Baudepartement
Zumikon	Bauamt
Zürich	Entsorgung und Recycling Tiefbauamt, Werterhaltung

Zweckverbände

Abwasserverband Aargau
 Abwasserverband der Region Sense-Oberland
 A-Region, Rorschach
 ABVO Oberengadin/Bergell, Abfallumschlagstation, Samedan
 ARA Region Bern AG, Herrenschwanden
 ARA Thunersee, Uetendorf
 ARA Worblental, Worblaufen
 Avag, AG für Abfallverwertung, Jaberg
 ERZO Entsorgung Region Zofingen, Oftringen
 GAF Gemeindeverband Abfallbewirtschaftung Unteres Fricktal, Olsberg
 Gemeindeverband ARA Ins-Müntschemier
 GEVAG Gemeindeverband für Abfallentsorgung Graubünden, Untervaz
 GVRZ Gewässerschutzverband der Region Zugersee–Küssnachtsee–Ägerisee, Kläranlage Schönau, Cham
 KVA Thurgau, Weinfelden

Limeco Interkommunale Anstalt, Dietikon
 REAL Recycling, Entsorgung, Abwasser, Luzern
 SADEC SA, Nyon
 SAIOD SA, Usine d'incinération des ordures et déchets, Colombier
 SATOM Usine d'incinération Valais/Vaud, Monthey
 SEME, Syndicat intercommunal pour l'épuration des eaux de Moutier et environs
 STRID SA, Yverdon-les-Bains
 Valorsa SA, Penthaz
 VKA Verband für Kanalisation und Abwasserreinigung, Nidau
 ZAB Zweckverband Abfallverwertung Bazenhaid
 ZEBA Zweckverband der Zuger Einwohnergemeinden für die Bewirtschaftung von Abfällen, Cham
 ZAKU Zentrale Organisation für Abfallbewirtschaftung im Kanton Uri

Kantone

Canton de Genève, Fonds cantonal d'assainissement des eaux
 Kanton Bern Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft
 Kanton Uri Amt für Umweltschutz, Abteilung Gewässerschutz
 Kanton Zürich Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Gönner (juristische Personen)

Baumgartner Roland AG, Rheineck
 BG Ingénieurs & conseils SA, Châtelaine
 Brüco Swiss AG, Rümlang
 entsorgungstechnik.ch ag, Dietikon
 CSC Dechets SA
 IGORA Genossenschaft, Zürich
 J. Grimm AG, Oetwil am See
 J. Ochsner & Cie AG, Urdorf
 Klemmfix (Schweiz) AG, Volketswil
 K. Müller AG, Wallisellen
 Erismann Muldenzentrale AG, Allschwil
 Plastic Omnium AG, Basel
 Regio Recycling Management AG, Bazenhaid
 SAC-O-MAT AG (Schweiz), St. Erhard
 Schwendimann AG, Münchenbuchsee
 Sinodor AG, Basel
 TBF & Partner AG, Zürich
 Unique Flughafen Zürich AG
 Vetro-Recycling AG, Bülach
 VetroSwiss, Glattbrugg
 Ziswiler AG, A–Z Recycling, Bern

Gönner (natürliche Personen)

P. Delcourt
 R. Habermacher
 B. Jakober
 C. Moinat
 J. Wiesmann, Zürich
 H. Worch

Ehrenmitglieder

Th. Enzmann, Wil
 G. Völgy, Lausanne
 U. Geissmann, Bremgarten BE
 H. P. Tobler, St. Gallen
 L. Inderbitzi, Fribourg

Vorstand und Fachgruppen

Vorstand

- A. Jaccard, Chef de service des infrastructures et énergies, Morges (Président)
- B. Ammann, Direktor ara region bern ag, (Vize-Präs.)
- R. Amstutz, Direktorin Schweiz. Städteverband
- L. Balsiger, Direction des travaux et Serv. industr., Pully
- A. Benacloche, Ingénieur communal, Ville de Neuchâtel
- B. Jurt, Strasseninspektor, Luzern
- U. König, Direktor Schweiz. Gemeindeverband
- H. Künzle, Leiter Amt für Umwelt und Energie, Stadt St. Gallen
- G. Neuhold, Berater Geschäftsleitung ERZ, Zürich
- M. Reifler, Stadttingenieur, Winterthur
- D. Schneeberger, Leiter Werkbetriebe, Chur
- H.U. Schwarzenbach, Geschäftsführer ZEBA, Cham

Ständige Fachgruppen

Fachgruppe «Abfälle»

- H.U. Schwarzenbach, Geschäftsführer ZEBA, Cham (Präs.)
- R. Bolz, Abfall- und Kompostberater, Tiefbauamt Thun
- G. Brechbühl, Leiter Werkbetrieb, Stadtbauamt Burgdorf
- G. Clément, Responsable du secteur «Conseil – acquisition – valorisation, SATOM Monthey»
- C. Costa, Directrice Valorsa SA, Penthaz
- N. Crivelli, Dicastero servizi urbani, Lugano
- R. Furrer, Beauftragter Abfall, REAL, Luzern
- J. Hartmann, Geschäftsleiter ERZO, Oftringen
- E. Hostettler, Responsable de la Voirie, Morges
- B. Hunziker, Leiter Abfallentsorgung, Bern
- B. Jurt, Strasseninspektor, Luzern
- S. Kocher, Strasseninspektor, Biel-Bienne
- Th. Kralemann, Leiter Entsorgungslogistik, ERZ, Zürich
- K. Krattinger, Chef de la Voirie, Fribourg
- Ch. Leroy, Service d'assainissement, Ville de Lausanne
- P. Liaudat, Chef du service, Ville de Genève
- T. Rosohl, Leiter Abfallentsorgung, Tiefbauamt Basel-Stadt
- J.-P. Schindelholz, Directeur STRID SA, Yverdon-les-Bains
- D. Schneeberger, Leiter Werkbetriebe, Chur
- D. Siffert, Ingénieur communal, Ville de Delémont
- Th. Stirnemann, Leiter Werkhof, Baden
- J. Stünzi, Leiter Entsorgung, Tiefbauamt Winterthur
- A. Bukowiecki, Geschäftsführer Kommunale Infrastruktur

Fachgruppe «Abwasser»

- B. Ammann, Direktor ara region bern ag (Präsident)
- R. Aeby, Station d'épuration, Ville de Fribourg
- U. Ammann, Gemeindebetriebe Köniz
- L. Balsiger, Direction des travaux et Serv. industr., Pully
- P. Dürst, Stadttingenieur, Chur
- B. Hagspiel, Geschäftsbereichsleiter, Kanton Basel-Stadt
- B. Kobler, Geschäftsführer, GVRZ Kläranlage Schönau, Cham
- N. Reichenbach, Betriebsleiter Kläranlageverband Schaffhausen
- U. Sieber, Leiter Stadtentwässerung, Winterthur
- Ch. Stalder, Chef domaine d'eau, DIAE Genève
- B. Stierli, Geschäftsführer, ARA Thunersee
- H.P. Tobler, Chef Entsorgungsamt, St. Gallen
- P. Wiederkehr, Leiter Bereich Abwasser ERZ, Zürich
- D. Zürcher, Chef de l'unité de gestion du réseau, Lausanne
- A. Bukowiecki, Geschäftsführer Kommunale Infrastruktur

Fachgruppe «Strassen»

- D. Schneeberger, Leiter Werkbetriebe, Chur (Präsident)
- H.P. Berger, Leiter Stadtreinigung, ERZ, Zürich
- G. Brechbühl, Leiter Werkbetrieb, Stadtbauamt, Burgdorf

- A. Flück, Leiter Erhaltungsplanung, Baudepartement des Kantons Basel-Stadt
- P. Fuhrer, Leiter Betrieb und Unterhalt, Bern
- D. Göbbels, Tiefbauamt, Kanton Zürich
- G. Hutter, Strasseninspektor, St.Gallen
- A. Isenburg, Leiter Stadtreinigung, Basel
- B. Jurt, Strasseninspektor, Luzern
- U. Kern, Werkmeister, Stadtbauamt Aarau
- M. Koch, Leiter Abt. Strassen und Anlagen, Baden
- S. Kocher, Strasseninspektor, Biel
- K. Krattinger, Chef de la Voirie, Fribourg
- M. Mani, Strasseninspektor, Tiefbauamt Stadt Thun
- P.-A. Matthey, Service des routes et voirie, Lausanne
- F. Muff, Leiter Tiefbauamt, Kanton Zürich
- M. Pola, Geschäftsbereichsleiter, Zürich
- H. Portner, Abteilung Bau, Uster
- A. Schlegel, Sachbearbeiter Tief- und Strassenbau, Murten
- L. Verguet, Service de la voirie, Neuchâtel
- H. Weidmann, Leiter Strasseninspektorat, Winterthur
- J.-P. Zoller, Département d. constructions et de l'aménagement, Genève
- A. Bukowiecki, Geschäftsführer Kommunale Infrastruktur

Fachgruppe «Umwelt und Energie»

- H. Künzle, Leiter Fachstelle Umwelt u. Energie, Stadt St. Gallen (Präs.)
- B. Bébié, Energiebeauftragter, Industrielle Betriebe Zürich
- U. Capaul, Stadtökologe, Stadt Schaffhausen
- Ch. Diez, Umweltbeauftragter, Fachstelle Umwelt, Thun
- B. Horlacher, Stadtbauamt Aarau
- A. Perrenoud, Stadtbauamt Fachstelle Umwelt/Energie Langenthal
- A. Roschewitz, Umwelt und Gesundheitsschutz, Winterthur
- G. Schmid, Leiter Umweltschutz, Stadt Luzern
- B. Trüssel, Stadtökologe, Amt für Umwelt, Zug
- K. Tschanz, Umwelt- und Gesundheitsschutzamt Zürich
- A. Bukowiecki, Geschäftsführer Kommunale Infrastruktur

Weitere Arbeitsgruppen

«Leistungs- und Kostencontrolling – Strassenunterhalt»

- L. Balsiger, Direction des travaux et Serv. industr., Pully
- M. Bräm, Fachbereichsleiter, Tiefbauamt Zürich
- R. Denzler, Controlling Stadtreinigung, ERZ, Zürich
- P. Fuhrer, Leiter Betrieb und Unterhalt, Bern
- M. Hertig, Stadt Bern, Planung, Verkehr und Tiefbau
- A. Isenburg, Leiter Stadtreinigung, Basel
- U. Kern, Werkmeister, Stadtbauamt Aarau
- S. Kocher, Strasseninspektor, Biel
- J. Moser, Administrator, Baudirektion Stadt Luzern
- B. Müller, Leiter Administration, Tiefbauamt Winterthur
- D. Schneeberger, Leiter Werkbetriebe, Chur
- Th. Stirnemann, Leiter Werkhof, Baden
- V. Styger, Leiter Adm., Strasseninspektorat St. Gallen
- A. Bukowiecki, Geschäftsführer Kommunale Infrastruktur

Strassenmeisterkurse

- R. Dietrich, Stv.-Strasseninspektor, St. Gallen (Vorsitz)
- B. Bienz, Strasseninspektorat Stadt Luzern
- Ch. Jordi, Abfallentsorgung der Stadt Bern
- A. Häfliger, Bereichsleiter SIP, Luzern
- E. Riedwyl, Projektleiter, Tiefbauamt Bern
- H.U. Schwarzenbach, Geschäftsführer ZEBA, Cham
- R. Stocker, Chef Strassenunterhalt, Luzern
- A. Bukowiecki, Geschäftsführer Kommunale Infrastruktur

Kontrollstelle

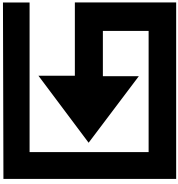
- Blaser Treuhand AG, Bern

Erfolgsrechnung 1.1. – 31.12.

	2009		2008	
	CHF	%	CHF	%
Ertrag				
Mitglieder- und sonstige Beiträge	318'060.00		186'060.00	
Kurse, Tagungen, Mitgliederversammlung	158'348.25		249'876.55	
Publikationen	11'726.30		11'180.70	
Kostenbeiträge OKS	14'600.00		12'700.00	
Umfrage Abfall	18'587.35		0.00	
Planungsmodell Abwasser	28'000.00		0.00	
Beratungen	4'853.00		3'432.80	
Zinsen	4'180.10		7'959.80	
Ertragsminderungen	-511.05		-671.55	
Total Ertrag	557'843.95	100.0	470'538.30	100.0
Aufwand				
Direkte Kosten				
Kurse, Tagungen, Mitgliederversammlung	95'554.85		190'431.55	
Publikationen	3'429.80		4'473.75	
	-98'984.65	-17.7	-194'905.30	-41.4
Personalaufwand				
Diverser Personalaufwand	6'376.85		4'026.30	
	-6'376.85	-1.1	-4'026.30	-0.9
Verwaltungsaufwand				
Kostenbeitrag an SSV	325'000.00		220'000.00	
Bank-/Postspesen	289.10		173.15	
Bibliothek/Zeitungen	1'469.45		1'473.25	
Geschäftsbericht/MG-Infos/Übersetzungen	13'059.70		13'031.75	
Informatik	9'072.85		0.00	
Umbenennung FES – Kommunale Infrastruktur	0.00		209.20	
	-348'891.10	-62.5	-234'887.35	-49.9
Ausschuss / FG / Rückstellungen				
Umfrage Abfall	3'337.85		0.00	
Merkblatt Wertstoff	6'778.15		0.00	
Planungsmodell Abwasser	34'605.15		0.00	
Spesen Ausschuss/Fachgruppen	20'267.25		28'797.80	
	-64'988.40	-11.6	-28'797.80	-6.1
Sachaufwand				
Verschiedene Sachkosten	1'186.45		133.45	
Werbung/Inserate	2'871.20		18'129.60	
Beiträge/Spenden	540.00		350.00	
	-4'597.65	-0.8	-18'613.05	-4.0
Total Aufwand	-523'838.65	-93.9	-481'229.80	-102.3
Jahresgewinn/-verlust	34'005.30	6.1	-10'691.50	-2.3

Bilanz per 31.12.

	2009		2008	
	CHF	%	CHF	%
Aktiven				
Umlaufvermögen				
Flüssige Mittel				
Kasse	978.05		139.40	
Postkonto 30-37369-6	119'608.66		63'054.26	
BEKB Bern, Kto.-Krt. 16 857.241.2.01	23'520.48		24'562.83	
Finanzverwaltung Zürich, Anlagekonto	324'392.50		328'287.45	
	468'499.69		416'043.94	
Forderungen				
aus Lieferungen/Leistungen	6'742.35		7'918.20	
	6'742.35		7'918.20	
Übriges Umlaufvermögen				
Eidg. Steuerverwaltung, Vst	137.10		47.60	
Aktive Rechnungsabgrenzung	1'858.65		6.55	
	1'995.75		54.15	
Total Umlaufvermögen	477'237.79	73.5	424'016.29	73.7
Anlagevermögen				
Finanzanlagen				
Depot Kehrrietsackfabrikanten	171'644.85		150'942.70	
	171'644.85		150'942.70	
Total Anlagevermögen	171'644.85	26.5	150'942.70	26.3
Bilanzsumme	648'882.64	100.0	574'958.99	100.0
Passiven				
Fremdkapital				
Kurzfristige Verbindlichkeiten				
aus Lieferungen/Leistungen	9'917.45		969.80	
SSV Bern, Kto.-Krt.	19'089.35		8'820.80	
	29'006.80		9'790.60	
Langfristige Verbindlichkeiten				
Depot Kehrrietsackfabrikanten (OKS)	171'644.85		150'942.70	
	171'644.85		150'942.70	
Rückstellungen				
Fin. Abwasseranlage	18'771.65		18'771.65	
Kaderschulung Abfall	41'118.25		41'118.25	
Kurs Strassenmeister	32'057.55		32'057.55	
Europ. Normenkoordination	525.50		525.50	
Publikationen	25'400.90		25'400.90	
Führungskurs	10'000.00		10'000.00	
Betrieb allgemein	50'000.00		50'000.00	
	177'873.85		177'873.85	
Total Fremdkapital	378'525.50	58.3	338'607.15	58.9
Eigenkapital				
Vermögen 01.01	236'351.84		247'043.34	
Jahresgewinn/ -verlust	34'005.30		-10'691.50	
Total Eigenkapital	270'357.14	41.7	236'351.84	41.1
Bilanzsumme	648'882.64	100.0	574'958.99	100.0



Kommunale Infrastruktur

Florastrasse 13, 3000 Bern 6

Tel. 031 356 32 32, Fax 031 356 32 33

info@kommunale-infrastruktur.ch; www.kommunale-infrastruktur.ch